

Herrn
Regionspräsidenten Hauke Jagau
-im Hause-

Hannover, den 20.03.20

Sachantrag der Fraktion
Alternative für Deutschland (AfD) in der Regionsversammlung
Hannover,
gerichtet an Herrn Regionspräsidenten Jagau, zur Behandlung
im Regionsausschuss am 21.3.2020

Arme und Schwache in der Krisensituation nicht alleine lassen!

Beschlussvorschlag:

Zur Krisenprävention wird die Regionsverwaltung beauftragt, folgende Maßnahmen zu treffen:

Geschlossene Tafeln

- 1. Um den Schließungen entgegen zu wirken, nimmt die Regionsverwaltung Gespräche mit den Tafeln und tafelähnlichen Organisationen (Lebensmittelhilfe) auf, um kurzfristig organisatorische und finanzielle Unterstützungsmaßnahmen zu ergreifen um den Betrieb der Einrichtungen sicherzustellen (z.B. durch von der Region unterstützte Lieferdienste in Unterkünfte)**

Zwangsräumungen

- 2. Die Regionsverwaltung spricht sich gegenüber den zuständigen Behörden und Trägern dafür aus, dass in Zeiten von Corona Zwangsräumungen unbedingt ausgesetzt werden müssen.**
- 3. Die Jobcenter Region Hannover werden angewiesen, bei Bekanntwerden von Wohnungsnotfällen unverzüglich alle**

Maßnahmen zu treffen den Verlust der Wohnung entgegenzuwirken.

- 4. Die Amtsgerichte in der Region Hannover werden befähigt und aufgefordert, in Zeiten von Corona ihre Meldepflicht von Räumungsklagen zuverlässig und einheitlich handzuhaben.**

Verzögerte Sozialleistungen

- 5. Die Jobcenter Region Hannover werden aufgefordert und unterstützt, die telefonische „arbeitssuchend“- Meldung und Beantragung von Leistungen durch zusätzliche Hotlines sicherzustellen und eine schnelle Bearbeitung der Anträge ggf. ohne Vermögenprüfungen sowie Anweisung von Leistungen zu gewähren.**

Begründung:

Verzögerte Sozialleistungen, geschlossene Tafeln und Zwangsräumungen. Das Coronavirus hat vor allem für arme Menschen in der Region massive Folgen. Arme und prekär Beschäftigte sind in Krisenzeiten die ersten, die ihren Job verlieren oder die Schichten gestrichen bekommen. In Zeiten von Corona müssen Zwangsräumungen deswegen unbedingt ausgesetzt werden. Die Jobcenter sind seit Mittwoch wegen Corona geschlossen. Zwar kann man sich auch telefonisch arbeitssuchend melden und Leistungen beantragen, doch bei der Bundesagentur für Arbeit sind die Telefonleitungen schon jetzt überlastet. Wir brauchen zusätzliche regionale Hotlines um eine schnelle Bearbeitung der Anträge sowie Anweisung von Leistungen zeitnah sicherzustellen. Wer jetzt schon Hartz IV bekommt, leidet unter der Coronakrise zusätzlich. Bei 432 Euro liegt der Regelsatz - etwa fünf Euro davon sind am Tag für Essen vorgesehen. Ausverkaufte günstige Grundnahrungsmittel im Zuge von Hamsterkäufen erschweren nun das Haushalten. Viele Hartz-IV-Bezieher gehen bereits jetzt zu den Tafeln, die in der Region von Schließungen betroffen sind. Gemeinnützige Vereine dürfen keine Rücklagen bilden, daher benötigt es jetzt finanzielle Zusagen von der Politik, damit karikative Verbände auch langfristig weitermachen können.

Mit freundlichen Grüßen